

Über Wirtschaft, Unternehmung und Verantwortung

Autor(en): **Schwenter, J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Schweizerische Rote Kreuz**

Band (Jahr): **82 (1973)**

Heft 8

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-548774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Über Wirtschaft, Unternehmung und Verantwortung

Referat, gehalten am 8. Mai 1973 in Zürich anlässlich eines Presse-Empfangs der Philips AG, Zürich
J. Schwenter

Wir feiern ein Jubiläum. Dies scheint nach Ablauf von fünfzig Jahren eine Selbstverständlichkeit zu sein. Wäre es nicht selbstverständlicher, dass wir dies *nicht* täten?

Denn was wird da eigentlich gefeiert? Es ist die Tatsache, dass man nach einer bestimmten Zahl von Jahren immer noch da ist. Das klingt so selbstverständlich wie etwa die Feststellung, dass wir eine leistungsfähige Wirtschaft haben, deren Unternehmungen fast alles hergeben, was das Herz und viel öfter noch gesunder und ungesunder Egoismus des einzelnen und verschiedenster Gruppen begehren. Und man begehrt nicht wenig: Eine Unzahl von hochdifferenzierten privaten und öffentlichen Bedürfnissen soll zu tiefstmöglichen Preisen gedeckt werden. Man will gut bezahlt sein. Es ist auch selbstverständlich, dass die Mittel, die der Staat selbst braucht, und jene für die Deckung ständig wachsender sozialer Bedürfnisse letztlich in der Unternehmung erarbeitet werden. Man braucht bloss zu fordern, und es hat sich erwiesen, dass es die Unternehmungen hergeben können; sie sind sozusagen unverwundlich, unbegrenzt belastbar.

Ist es ganz unverständlich, wenn dies so empfunden wird? Eigentlich nicht, denn die Versorgung mit Gütern aller Art hat während eines winzigen Zeitabschnitts der Geschichte der Menschheit einen derartigen Aufschwung erlebt, dass sie gewissermassen kein Problem mehr darzustellen scheint. Allerdings warnen Psychologen, Mediziner, Ökologen und auch Ökonomen vor den Grenzen des Wachstums, doch wirkt sich das im Verhalten unseres Alltags noch wenig aus.

Jedes Land hat die Wirtschaft, die es verdient

Zwar empfinden viele ein Unbehagen über das Ausmass und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und über das Verdrängen anderer Lebensbereiche durch sie. Wirtschaft und Unternehmung erscheinen als etwas Autonomes, Selbsttätiges;

viele beschleicht das Gefühl des Zaubers, der die von ihm gerufenen Geister nicht mehr los wird.

Doch ist hier mit aller Deutlichkeit folgendes festzuhalten: So wie nach Auffassung mancher Psychologen jeder den Ehepartner und die Freunde hat, die ihm eigentlich entsprechen, so haben wir alle ebenfalls die Wirtschaft, die wir verdienen. Und nirgends wie dort, wo sozial-marktwirtschaftliche und nicht bloss verbal demokratische Zustände herrschen, sind die Menschen so frei, auch in wirtschaftlicher Hinsicht das zu tun, was sie wollen. Mit unseren Käufen stimmen wir fast täglich darüber ab, wie die Produktions- und Wirtschaftsstruktur gestaltet sein soll. Und das, was der Staat an Leistungen für uns oder für sich selbst erbringen soll, bestimmen wir indirekt durch Vermittlung eines von uns frei gewählten Parlaments, allenfalls zusätzlich durch Volksabstimmung.

Denn ohne Verlust zu erleiden und damit seine Existenz zu gefährden, kann es sich unter sozial-marktwirtschaftlichen Verhältnissen kein noch so Mächtiger und Reicher auf die Dauer erlauben, etwas herzustellen und zu verkaufen, wofür keine genügende Zahl von Käufern vorhanden ist. Gewiss, Werbung kann viel, aber ihrem Einfluss sind ebenfalls Grenzen gesetzt, psychologisch und deshalb auch bezüglich der Kosten. Die sogenannte Schaffung von Bedürfnissen dürfte, genauer besehen, wohl viel eher auf der Entdeckung und Verstärkung latent oder manifest vorhandener Bedürfnisse und auf ihrer Konkretisierung beruhen.

Die soziale Marktwirtschaft gibt uns also durchaus die Mittel in die Hand, um nachteilige Folgen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, z.B. ökologischer und gesundheitlicher Art, zu verhindern oder zu beheben.

Trotzdem benehmen sich weite Kreise so, als wäre dies nicht der Fall. Es besteht wie erwähnt eine starke Tendenz, Wirtschaft und Unternehmung in ein uns Gegenüber-

stehendes, Fremdes abzudrängen und zu projizieren, dem man mit einer zwiespältigen Haltung begegnet: Man fordert einerseits viel von ihm, sieht sich aber gleichzeitig an etwas Unbehagliches und gleichsam Feindliches ausgeliefert. Diese Einstellung wird unter anderem durch die Feststellung untermauert, das Wirtschaftsleben sei so ungeheuer kompliziert, dass es selbst hochqualifizierte Experten kaum noch überblicken können. Wie könnte man also den einzelnen und den Gruppen aller Art zumuten, in diesem Labyrinth Verantwortung zu übernehmen?

Nun trägt ja die soziale Marktwirtschaft – im Gegensatz zur mehr oder weniger aufgelockerten Zentralverwaltungswirtschaft – dem Bestehen einer unüberblickbaren Zahl verschiedenartiger wirtschaftsrelevanter Akte von Individuen und Gruppen voll Rechnung. Sie erlaubt eine Gesunderhaltung von Gesellschaft und Wirtschaft, ohne dass es nötig ist, alles zu überblicken was geschieht. Im Grunde genommen geht es bloss darum, gewisse «wirtschaftliche Gesundheitsregeln» zu beachten und die Wirtschaftspolitik danach auszurichten. Genau so wie es nicht nötig ist, dass der Mensch weiss, wie und warum alles in seinem Körper funktioniert, um leben zu können. In seinem Fall genügt es ebenfalls, eine überblickbare Zahl von Gesundheitsregeln zu beachten, um zu verhindern, dass die Gesundheit durch seine Verhaltensweise gefährdet wird. Und leiden wir tatsächlich einmal an einer Krankheit, so sind in beiden Fällen, beim Menschen wie bei Wirtschaft und Unternehmung, nur Eingriffe zu empfehlen, die systemkonform sind.

So ist denn festzustellen, dass es für uns alle kein Entrinnen aus der Verantwortung für unsere Wirtschaft gibt, und zwar in doppelter Hinsicht: einerseits für die mittels Nachfrageplebiszitär gestaltete Wirtschaftsstruktur und die Auswirkungen der Wirtschaftstätigkeit, andererseits für ihr gutes Funktionieren durch Beachtung einiger «wirtschaftlicher Gesundheitsregeln». Es wäre durch-

aus möglich, den Dingen dort einen andern Lauf zu geben, wo dies sinnvoll ist. Die Frage besteht also nicht darin, ob die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, dass wir Einfluss nehmen und Verantwortung tragen können, sondern vielmehr darin, ob wir dies tun wollen und was wir tatsächlich tun oder lassen.

Das Problem von Freiheit und Gerechtigkeit in der Demokratie

Nun scheint dieses Wollen neuerdings sehr in Erscheinung zu treten. Man ruft nach weitgetriebener Demokratisierung in allen Lebensbereichen. Hier gilt es zweierlei zu unterscheiden.

Sofern es sich um die Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur und die Auswirkungen der Wirtschaftstätigkeit handelt, herrscht, wie wir sahen, unter sozial-marktwirtschaftlichen Verhältnissen grundsätzlich bereits weitgetriebene Demokratie. Es wäre in höchstem Masse erwünscht, wenn die hier gegebene Möglichkeit der Mitbestimmung durch Nachfragegestaltung wirklich von allen sinnvoll ausgenutzt würde.

Wenn es jedoch um weitgetriebene Demokratie in einem sozialen Leistungssystem geht, müssen wir uns daran erinnern, dass die Staatsform der Demokratie, wie wir sie heute verstehen, die Gewalten- oder Macht-trennung sowie die Dezentralisation und Delegation von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung kennt. Wo dieses Prinzip nicht mehr herrscht, führt dies unter anderem zur Vernichtung schöpferisch wirkender Freiheitsräume für überschaubare Gruppen und für einzelne; also gerade jener Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung, die wir zu vermehren bestrebt sind. Dies bewirkt in jedem einiger-massen differenzierten und arbeitsteiligen sozialen Leistungssystem qualitativ unbefriedigende, je nachdem sogar äusserst unerfreuliche Zustände. Es gibt auch im Verhältnis von Demokratie und Freiheit eine optimale Zone, jenseits derer die Verstärkung des demokratischen Prinzips zur Ein-

schränkung, ja Zerstörung von Freiheit sowie persönlicher Verantwortung führt, somit auch zur Vernichtung von sozial bedeutsamer Leistungsmotivation und Leistung.

Wenn es einmal so weit käme, dass sozusagen alle über alles entscheiden, alle für alles verantwortlich und somit für nichts mehr verantwortlich wären, weil die Verantwortung atomisiert wurde, niemand mehr konkrete persönliche Verantwortung trägt, dann müsste die Funktionsfähigkeit eines differenzierten sozialen Leistungssystems völlig in Frage gestellt werden.

Im ökonomischen Bereich würden wohl in einem solchen Fall die volks- und unternehmungswirtschaftlichen Probleme in unerhöht vereinfachter und unheilvoller Weise vorerst fast nur auf das Verhältnis Arbeitnehmer/Arbeitgeber reduziert. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich diese Polarisierung hierauf in eine solche zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen oder Unternehmungen im Kampf um ihren Anteil am Sozialprodukt verwandeln könnte. Spätestens in diesem Stadium wäre der sozial-marktwirtschaftliche Mechanismus wohl weitgehend ausser Kraft gesetzt und die Erstarrung der Wirtschaftsstruktur schon weit fortgeschritten. Von hier aus zum Ruf nach einer totalen, zentralen und sogenannt gerechten Lenkung würde es vermutlich nicht mehr allzu lange dauern.

Mit der Gerechtigkeit ist es, nebenbei bemerkt, überhaupt so eine Sache. Weil der Mensch sie fortwährend verwirklichen möchte und dennoch aus seiner bisherigen Geschichte weiss, dass sie nur begrenzt erreichbar ist, projiziert und verlegt er die Fähigkeit zur Gerechtigkeit gerne in ein höheres, mächtiges Wesen, zum Beispiel in den Staat oder in eine «Bewegung». Die Gefahr des Totalitarismus liegt dann immer in der Luft.

So gelangen wir denn zum Schluss, dass uns vehement angestrebte, weitgetriebene Demokratisierung allein noch nicht vom Willen überzeugt, für ein soziales Leistungssy-

stem – und somit auch für Wirtschaft und Unternehmung – echte Verantwortung zu tragen. Sie überzeugt eher vom Gegenteil. Worin äussert sich eigentlich verantwortungsbewusstes Verhalten? Es äussert sich in der Beachtung der früher erwähnten «wirtschaftlichen Gesundheitsregeln». Wie steht es damit? Ein Beispiel mag dieses dornige Kapitel illustrieren: Es ist unglaublich, mit welcher verbreiteter Unbesorgtheit die Inflation, dieses Rauschgift für die soziale Marktwirtschaft und die Unternehmung, hingenommen wird. Ihre gefährlichen Auswirkungen auf die fortlaufende Anpassung der Wirtschaftsstruktur sowie ihre asozialen Folgen werden viel zu leicht akzeptiert. Schon allein daraus ist zu schliessen, dass unser Sensorium für die gegenseitige Abhängigkeit der Teile und des Ganzen, des einzelnen und der Unternehmung einerseits sowie der Volkswirtschaft andererseits, nicht mehr sehr wach ist. Das bewirkt, dass die Unternehmung mit verfälschten volkswirtschaftlichen Gegebenheiten rechnet, während sich Staat und Private auf einen Unternehmungserfolg verlassen, der auf diesen verfälschten Gegebenheiten basiert. Innerhalb gewisser Toleranzgrenzen mag dies noch angehen. Doch je weiter vom gesunden Weg abgewichen wird (z.B. der erwähnten Inflation wegen), desto schmerzhafter wird die Rückkehr zu ihm. Wir geben zu, dass es in einer gesunden Wirtschaft für Parlament und Regierung, für Unternehmung und die darin tätigen Sozialpartner, viel leichter ist, den genannten «wirtschaftlichen Gesundheitsregeln» nachzuleben, als dann, wenn vom gesunden Weg abgewichen wurde. Je mehr man abweicht, um so schwieriger wird es, und eines Tages wird das Stadium erreicht, in dem man nicht nur die durch diese Abweichung verursachten Übel, sondern ebenso die Mittel zu deren Behebung wegen ihrer Schmerzhaftigkeit nicht mehr glaubt ertragen zu können. In einigen massgebenden westlichen Ländern scheint es schon so weit zu sein, andere und auch wir sind auf dem Weg dazu. Dies ver-

heisst nichts Gutes für die zukünftige ökonomisch-soziale Leistungskraft von Wirtschaft und Unternehmung, nichts Gutes für freiheitliche Lebensbedingungen und wohlverstandene Demokratie.

Es dürfte für jedes hochentwickelte Leistungssystem typisch sein, dass dessen gutes Funktionieren die Grundgesetze dieser Funktionsfähigkeit in den Hintergrund, ja sogar in Vergessenheit geraten lässt, das System somit als viel robuster angesehen wird, als es eigentlich ist. Soziale Marktwirtschaft und Unternehmung gelten heute für viele als narrensicher, und zwar womöglich noch mehr als das heutige Automobil im Vergleich zu seiner Pionierzeit, da man zu dessen fachgerechtem Gebrauch fast Mechaniker sein musste, – eine nicht ungefährliche Situation.

Die wirtschaftlichen Gesundheitsregeln

Doch welches sind nun diese «wirtschaftlichen Gesundheitsregeln», denen nachzuleben wäre? Würden diese fast banal anmutenden Regeln nicht dauernd missachtet, dürften wir es kaum wagen, sie hier aufzuzählen.

Vorerst sei unsere Aufmerksamkeit dem Staat zugewandt. Er hat zunächst einmal dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung gemäss jenem schon erwähnten freiheitlichen Plebiszit angeboten werden, das mit einer ungeheuren Zahl von Nachfragestimmen laufend durchgeführt wird. Ferner soll der Staat wirtschaftlichen Machtmissbrauch verhindern. Vor allem ist deshalb der Wettbewerb funktionstüchtig zu erhalten und einseitiger Machtmissbrauch der am ökonomischen Leistungsprozess Beteiligten zu verhindern. Der Staat selbst soll diesen Grundsätzen ebenfalls nachleben, wenn er wirtschaftliche Leistungen für den Markt erbringt. Sodann wäre zu beachten, dass gesunder und leistungsfördernder Wettbewerb nur möglich ist, wenn befürchtet werden muss, bei ungenügender Leistung auszuscheiden. Das spricht dafür, dass sich der Staat nur einen

verhältnismässig kleinen Teil eigener leistungserstellender Wirtschaftstätigkeit angliedert. Nichtstaatliche Unternehmungen soll er – wegen Wettbewerbsverzerrung – äusserst zurückhaltend und grundsätzlich nur wegen sonst vernachlässigter Allgemeininteressen unterstützen. Zu den Aufgaben des Staates gehört es ferner, durch die Geldmenge bedingte Preisveränderungen zu verhindern. So soll er auch seinen Einfluss binnen- und aussenwirtschaftlich geltend machen, damit die Inflation verhindert wird. Sie beeinträchtigt und zerstört Wirtschaftlichkeit und sozial-marktwirtschaftlich lebenswichtigen gesunden Wettbewerb, begünstigt die Untüchtigen und benachteiligt die wirtschaftlich Schwachen. Dass übrigens sehr beachtliches ökonomisches Wachstum praktisch ohne Inflation möglich ist, haben uns in der Schweiz die Jahre 1952–1960 gezeigt, dasselbe lässt sich für andere Länder feststellen. Zur Korrektur von ungesunden Zuständen soll der Staat zudem nicht punktuell in das Marktgeschehen eingreifen. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit hat er wie andere zu beachten. Und letztlich soll der Staat jene nichtwirtschaftlichen (zum Beispiel die sogenannte Lebensqualität begünstigenden) Randbedingungen setzen, an die sich Wirtschaft und Unternehmung zu halten haben. Am Grad der Beachtung dieser Regel ist die Qualität einzelner wirtschaftspolitischer Massnahmen zu messen. Abweichungen sind nach aller Erfahrung meist auf zu starke Berücksichtigung von Sonderinteressen zurückzuführen.

Was nun die *Unternehmungen* anbelangt, so müssen sie und ihre Interessenvertreter zunächst einsehen, dass dem Staat die geschilderten Aufgaben zufallen, dass man ihm folglich die systemkonformen, das heisst hier sozial-marktwirtschaftlich konformen wirtschaftspolitischen Instrumente in die Hand zu geben hat. Sie sollen die Handhabung dieser Instrumente kritisch verfolgen, aber eben nicht aus dem Blickwinkel ihrer Sonderinteressen: unter gesunden Verhält-

nissen kann ja eine Unternehmung auf längere Sicht nur in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Interessen Bestand haben. Das ist heutzutage, da wir der Inflation, aber auch anderer Gründe wegen, spürbar vom gesunden Weg abgewichen sind, für manche Unternehmungen hart und schmerzhaft; aber sie mögen sich dessen bewusst werden, was für das Ganze und letztlich deshalb wiederum für sie auf dem Spiel steht. Es ist dringend nötig, dass sich weite Unternehmungskreise vermehrte Klarheit darüber zu verschaffen suchen, wie die Wirtschaftsstruktur aussehen könnte, wenn sie von ihren – zum Beispiel inflationistisch entstandenen – Schlacken befreit würde. Jedenfalls ist es empfehlenswert, in Zukunft sehr selektiv vorzugehen, sich auf seine wirklichen Stärken zu besinnen und diese auch richtig zu nutzen; eifriges Streben könnte sich sonst leicht als Jagd nach einer Fata Morgana erweisen. Manche Unternehmungskonzentration wäre so vermeidbar. Gerade mittlere und kleinere Unternehmungen könnten durch rechtzeitig ihrer Grösse angepasste Umstellung ihren Fortbestand sichern. Und was letztlich wiederum alle Unternehmungen anbelangt, so ist nur raum-, infrastruktur- und personalsparendes sowie umweltschonendes und dergestalt organisches Wachstum anzustreben.

Wir alle, in welcher Eigenschaft auch immer wir im Wirtschaftsleben stehen, wir sollten vermehrt darüber nachdenken, dass Wirtschaft und Unternehmung nichts Narrensicheres und Unverwüstliches darstellen, das wir nach Belieben und stets ungestraft für unsere Ziele benützen können. Das Wirtschafts- und Unternehmungsschiff ist ein Boot, in dem wir alle sitzen – einzeln und als Institutionen aller Art. Wir haben dafür zu sorgen, dass es seetüchtig bleibt, nicht überladen wird, kein Leck bekommt und umkippt. Wir sind deshalb aufeinander angewiesen, was wir bei allem legitimen Wettstreit um den Anteil am Wirtschaftsprodukt nie vergessen sollten. So dürfte es auch rat-

sam sein, den Propheten, die uns steigende materielle Besserstellung und Sicherheit ohne entsprechende Anstrengung verheissen, mit vermehrter Skepsis zu begegnen. Es kommt nie etwas von nichts, und nicht alles kann man bei den andern holen.

Bei aller Sympathie für sinnvolle Mitbestimmung ist ferner zu verhindern, dass die Freiheitsräume derjenigen, die die Steuermechanismen der Unternehmung zu lebenswichtiger laufender Anpassung an die Erfordernisse des Marktes zu bedienen haben, systemwidrig eingeschränkt werden. Das soll nicht heissen, dass flexibles Unternehmungsverhalten soziale und menschliche Rücksicht gegenüber jenen, die davon ungünstig betroffen werden, ausser acht lässt. Das sozial-volkswirtschaftliche übergeordnete Interesse an unternehmerischer Flexibilität und Anpassung darf dadurch aber nicht grundsätzlich beeinträchtigt werden.

Und letztlich müssen wir uns alle voll bewusst sein, dass es freiheitlich-demokratische Verhältnisse, wie wir sie kennen, praktisch nicht ohne soziale Marktwirtschaft gibt und umgekehrt. Hier besteht ein unlösbarer Zusammenhang, ebenso wie zwischen einer gesunden Wirtschaft als Ganzes und gesunden Unternehmungen.

Über die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft, ihren engen Zusammenhang mit dem freiheitlich-demokratischen Staat und die grundlegenden Regeln, die dabei von Staat, Unternehmung, Sozialpartnern und überhaupt von allen zur Erhaltung der Gesundheit dieses Wirtschaftssystems zu beachten sind, herrscht in weiten Kreisen eine erschreckende Unkenntnis. Sehr aufschlussreich ist in dieser Beziehung das Resultat einer in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten repräsentativen Erhebung. Es ging darum, die deutsche Bevölkerung für gewisse Wünsche und Bedürfnisse eine Rangskala aufstellen zu lassen. Dabei zeigte sich, dass der Wunsch nach Frieden und Freiheit vor jenem nach Geld und Wohlstand figuriert, die Preisstabilität oder Inflationsverhinderung erst zwei Ränge

später folgt und der Wunsch nach Erhaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems wieder drei Ränge weiter hinten zu finden ist. Dass die Gesundhaltung des politisch-demokratischen und des sozial-marktwirtschaftlichen Systems die Voraussetzung für Freiheit, Geld und Wohlstand sowie für stabile Preise darstellt, – diese Einsicht scheint also keineswegs vorhanden zu sein. Es wird überdies nicht erkannt, dass die Inflationsverhinderung eine wichtige Voraussetzung für die Wohlbildung und -erhaltung ist. Die Verhältnisse dürften andernorts, so auch bei uns, nicht sehr verschieden sein, sonst hätten wir zum Beispiel schon lange einen erfolgreichen internationalen Aufstand gegen die Inflation erlebt.

Gegen einen derart bedenklichen volkswirtschaftlichen Analphabetismus muss von verschiedenen Seiten her dringend eingeschritten werden.

Eine besondere Verantwortung fällt all jenen zu, die in Regierung, Parlament, Verwaltung, in demokratisch orientierten Parteien und als ebenso ausgerichtete Sozialpartner der Unternehmung eine führende Tätigkeit ausüben. Von ihnen ist in erster Linie Einsicht in die genannten Zusammenhänge und in die sich im Gang befindliche Entwicklung zu erwarten, die der Berner Nationalökonom Hugo Sieber als Zerstörung der freien Wirtschaft durch ihre Anhänger bezeichnet. Sie sollten sich vor allem aufgerufen fühlen, den geschilderten Mangel an Kenntnissen zu beheben und dem, was man sozial-marktwirtschaftlichen Umweltschutz nennen könnte, auf breiterer Front zum Durchbruch zu verhelfen. Wer sonst sollte diese Führungsarbeit übernehmen? Allerdings werden auch in diesen Kreisen vorerst teilweise nicht geringe Mängel an notwendigen Kenntnissen zu beheben sein. Bei diesem Streben nach Aufklärung sowie nach sozial-marktwirtschaftlich richtigem Verhalten wäre gleichzeitig darauf zu achten, dass der weitverbreiteten Auffassung von Wirtschaft und Unternehmung als etwas Autonomem, Fremdem entgegenge-

wirkt wird. Diese Einstellung hat vielleicht auch einen historischen Grund. Die gewaltige Leistungskraft unserer modernen Wirtschaft hat sich, gemessen am Alter der Menschheit, explosionsartig offenbart. Es ist nicht unverständlich, dass sich ein grosser Teil der Menschheit an den neuen Produktions- und Konsummöglichkeiten zunächst einmal recht eigentlich berauscht hat und stets noch weitere Kreise der Weltbevölkerung von diesem Rausch ergriffen werden. Dementsprechend erhielt die ökonomische Dimension im beruflichen wie im privaten Leben ein sehr starkes Gewicht, während andere Dimensionen des Menschseins, auf die unser Leben ebenfalls auszurichten ist, weniger Beachtung fanden.

Es dürfte einleuchten, dass sich beim hier eben postulierten Streben vor allem auch jene an vorderster Front einsetzen sollten, die mit Führungsaufgaben in der Unternehmung betraut sind. Unternehmungsführung kann heute nicht mehr vorwiegend als auf das Subsystem Unternehmung in ihrem Teilmarkt ausgerichtete Führung verstanden werden. Es geht um etwas viel Umfassenderes: um die bewusste, zielstrebige Integration dieses Subsystems in ein viel grösseres System, in die Umwelt im weitesten Sinne des Wortes, in Gesellschaft und Natur.

So werden wir uns auch, wie hier dargelegt, um folgendes vermehrt kümmern müssen: um eine bewusste Ausrichtung des Unternehmungsgeschehens auf die Bedürfnisse einer gesunden sozialen Marktwirtschaft, um anderweitige, nicht unternehmensbezogene Bemühungen zu deren Erhaltung sowie um die vermehrte Integration der Unternehmungstätigkeit in unser nicht nur ökonomisch, sondern mehrdimensional geprägtes Menschsein. Das heisst nicht, dass deswegen wirtschaftlichen Belangen weniger Beachtung zu schenken wäre; es gilt das eine zu tun, ohne das andere zu lassen: Eine sicher nie ideal gelingende, dennoch eine faszinierende Aufgabe, auf die wir uns heute besinnen wollten.